

Autoren: Günter Dehlen in Kooperation mit Gerhard Kieseheuer.

„Herzlich willkommen zur Demonstration der Direktversicherungsgeschädigten hier in Kassel vor dem Bundessozialgericht

**Ich, Günter Dehlen: Seit 8 Jahren zahle ich regelmäßig
monatlich Sozialversicherungsbeiträge auf die Auszahlung
meiner Direktversicherung.**

Verlust schon rd. 20.000 €.

**Es darf nicht sein, dass die Politik die Renten immer
mehr zurückfährt, auf zusätzliche Altersvorsorge hinweist
und diese Vorsorge derartig schlecht ausrichtet, dass sie
zu einem Minusgeschäft für die Arbeitnehmer wird!**

Ergebnis: viel einzahlen - wenig herausbekommen

**Der Wähler ist diesen Politikern egal, ihnen ist es egal, ob die
Arbeitnehmer nach einem arbeitserfüllten Leben**

- > in Altersarmut fallen,**
- > ihre Lebensplanung zurückschrauben müssen,**
- > ob sie im Alter schuldenfrei werden oder**
- > ob sie ihre Wohnung oder ihr Haus renovieren können.**

**Diesen Politikern fehlt nicht nur der Respekt vor der Lebensleistung eines
jeden Arbeitnehmers, es fehlt ihnen auch die soziale Verantwortung!**

Eins müssen die Politiker der Ampelkoalition bedenken:

Wer Bürger quält - wird nicht gewählt!!!!!!

Aber gerade diese Lobby-Politiker lügen nicht nur, sie wimmeln die besorgten und betrogenen Bürger ab. Ja sie antworten nicht einmal. Sie nehmen uns nicht ernst!

Diese müssen sich dafür einsetzen, dass die Not und Verzweiflung vieler Arbeitnehmer ein Ende haben. Dass Lebensplanungen wieder eingehalten werden und junge Arbeitnehmer wieder fürs Alter vorsorgen!

Wir wollen unser Geld zurück

Schuld ist nur die Politik

Schafft endlich die Doppelverbeitragung ab so wie es Olaf Scholz nun schon dreimal- hoch und heilig - versprochen hat.

„Wir sind viele, wir sind laut,

weil man uns das Ersparte klaut“

So wie die Altersvorsorge bei uns in Deutschland ist, fühlt man sich betrogen! Der Bürger, der fürs Alter vorsorgt, ist der Verlierer!! Arbeitgeber, die Versicherungen und die Krankenkassen sind die Gewinner und verdienen gut zu Lasten der Versicherten.

Die Politiker können ohne Anstrengung den Krankenkassenbeitrag niedrig halten.

Nur der Arbeitnehmer, der von seinem Lohn fürs Alter gespart hat, der sein Lebensstandard im Alter sichern muss, der geht leer aus, der zahlt zum Teil mehr in seine Altersvorsorge ein, als er ausgezahlt bekommt.

Uns geht es besonders um unsere Direktversicherung, dem dritten Standbein der Altersvorsorge.

Vor 2004 konnte man auf Treue und Glauben noch vertrauen, da galten noch der Vertrauensschutz und der Bestandschutz.

Deshalb wurden Verträge geschlossen in dem Vertrauen, dass eine deutsche Bundesregierung niemals ein Gesetz verabschiedet, welches rückwirkend Verträge bricht und Bürger enteignet.

Vertrag ist Vertrag.

Leider kann man unserem Staat nicht mehr trauen und schon gar nicht vertrauen.

Unsere Direktversicherung ist viele Jahre zuvor in der Erwartung abgeschlossen wurden, dass von unseren Kapitalauszahlung nichts abgezogen wird. Die Politiker gingen damals trickreich vor! Sie machten dafür kein eigenes Gesetz, sondern fügte die Regelung in ein anderes Gesetz ein, das damals gerade im Bundestag beraten wurde. Daher viel es nicht auf und gab es keinen großen Aufschrei.

Der kam erst, als die Regelung 2004 in Kraft trat. Von „nachträglich kalter Enteignung“ von Millionen Versicherten und von verletztem Vertrauensschutz war und ist die Rede.

Versicherte zahlen sich selbst eine Rente und müssen davon 20% abführen!!

Der Vertrauensschutz wurde 1993 für freiwillig versicherte Rentner verankert. Davon sprach man 2004 nicht mehr, der Vertrauensschutz für Bürger fiel einfach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz zum Opfer und dies kostet ihnen als Rentner eine Menge Geld und bereitet große Probleme.

Sehr oft kontaktieren die Versicherungen ihre Kunden und halten sie auf dem Laufenden. Jedoch über diese Änderung informierten sie ihre Kunden nicht.

Mit der Auszahlung kommt dann „Das böse Erwachen“!
Ein Schelm, wer Übles dabei denkt.

**„Wir sind gegen Rentenklauen,
weil wir auf unsere Zukunft bauen“**

Von diesen sogenannten Versorgungsbezügen sind auch Renten der betrieblichen Altersversorgung umfasst. Durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2004 der zuvor geltende halbe Beitragssatz auf einen vollen allgemeinen Beitragssatz angehoben und neben Renten nicht regelmäßig wiederkehrende Leistungen von der Beitragspflicht erfasst.

Wir aber waren bis zum 31.12.2003 beitragsfrei und kein Gesetz hat das mit klaren Formulierungen geändert!

Ich denke, das war ein Meisterstück der Lobbyisten der

Krankenkassen und des Spitzenverbands der Krankenkasse. Sie haben schon drei Monate vor Eintritt des GMG für sich entschieden, dass wir beitragspflichtig werden und dass ist einfach so per Etikettenschwindel durchgegangen.

Aber, das muss ein Ende haben.
Jeder Politiker muss wissen.

Wer Rentner quält
wird nicht gewählt.

Doch schauen wir gemeinsam in die Zukunft, drum:

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Nicht verzagen – Zukunft wagen!"